

ANDREAS BOHNE

OHNE RÜCKSICHT AUF VERLUSTE

URANABBAU IN TANSANIA: DAS NEOLIBERALE ENTWICKLUNGSREGIME FORCIERT RESOURCE GRABBING

Es scheint paradox: Während in vielen Teilen der Welt die (langsame) Abkehr von der Atomenergie und damit dem Uranabbau auf der Agenda steht, vergibt die tansanische Regierung seit 2005 Jahr für Jahr Erkundungslizenzen an – zumeist internationale – Unternehmen. Ähnlich wie bei der Extraktion anderer mineralischer und fossiler Rohstoffe argumentieren PolitikerInnen mit Entwicklungseffekten des Uranabbaus. Damit schreibt die politische Elite eine Strategie der aggressiven Rohstoffausbeutung fest. Gegen den Abbau regt sich langsam zivilgesellschaftlicher Widerspruch. Doch bisher kann dieser nicht wirklich Einfluss auf Politikentscheidungen nehmen. Der Staat ignoriert die ökologischen und sozialen Folgen und geht gegen KritikerInnen vor – ein typischer Fall von *resource grabbing*.

Tansania ist auf dem Weg, bei Bergbauaktivitäten zum Global Player aufzusteigen, und reiht sich damit in die Liste anderer afrikanischer Länder ein. Das Land strebt an, größter afrikanischer Nickelproduzent zu werden,¹ liegt bei Goldexporten bereits auf Platz vier und ist bei Tansanit – nomen est omen – einziger Produzent.

Uran soll nun der nächste Rohstoff werden, bei dem das Land in die Weltspitze der Förderstaaten vordringt. Zwar besitzt Tansania bisher kein eigenes Länderprofil bei der World Nuclear Association, sondern wird nur unter der Überschrift «Uranium in Africa» mit aufgeführt. Ginge es nach der tansanischen Regierung, würde sich diese Zuordnung aber bald ändern und das Land eher mit Niger, Südafrika oder Namibia auf einer Stufe stehen als mit Guinea oder Nigeria.² Der tansanische Präsident Jakaya Kikwete meint: «Wenn wir alle Reserven, die wir besitzen, vollständig abbauen, kann Tansania der siebtgrößte Uranproduzent der Welt werden.»³ Andere Quellen führen sogar aus, dass allein die Mkuju-River-Uranmine im Süden Tansanias, für die Mitte 2013 eine Abbaulizenz vergeben wurde, das Land unter die *top five* der weltweiten Produzenten katalysieren würde.⁴

Seit 2005 vergibt das Ministerium für Energie und Bodenschätze Erkundungslizenzen für Uranlagerstätten.⁵ Quellen sprechen von bisher 70 vergebenen *prospecting* beziehungsweise *exploration licences*. Potenzielle Abbaugelände wurden bisher in vier Regionen identifiziert.⁶ Sind es die mineralischen Vorkommen, die die Unternehmen anlocken, so ist es der von der Regierung geschaffene legislative Rahmen, der sie zum Bleiben bewegt und nationale Beteiligungen fördert.

RESOURCE GRABBING

Resource grabbing – unter diesem Schlagwort wird die aggressive, oft illegale Hinwendung zu und Aneignung von endlichen Rohstoffen aller Art (von Land über Wasser bis zu Bodenschätzen) zusammengefasst. Die Rohstoffausbeutung erfolgt überwiegend durch multinationale Unternehmen, während der Staat lediglich die entsprechenden investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen mit geringen Steuern und Abgaben schafft.⁷ Politisch legitimiert wird das Vorgehen mit erwarteten Entwicklungseffekten wie neuen Arbeitsplätzen oder staatlichen Zusatzeinnahmen. *Resource grabbing* manifestiert sich zudem in einer Orientierung auf den Export und behindert inländische Verarbeitung. Oftmals steht hinter dieser Form eines aggressiven Extraktivismus die Nachfrage aus dem globalen Norden oder aus Schwellenländern, den *emerging economies*.⁸ Die Planung und Umsetzung von (Mega-)Projekten erfolgt oftmals ohne Partizipation und Konsultation lokaler Gemeinschaften und ist teilweise verbunden mit der Vertreibung der ansässigen Bevölkerung. In vielen Fällen werden ökologische Folgen negiert und kritische, zivilgesellschaftliche Stimmen bekämpft.

Ist *resource grabbing* als ein Vorgehen an sich bereits kritikwürdig, müsste sich die Ablehnung noch erhöhen, wenn es um Uranabbau geht. Ob bei der zivilen Nutzung zur Energiegewinnung und dem damit verbundenen Problem der Abfallentsorgung oder bei der militärischen Nutzung – die mit dem Abbau einhergehenden Beeinträchtigungen sind nicht zu rechtfertigen. Obwohl Gesundheits- und Umweltfolgen seit Jahrzehnten bekannt sind und die Sanierung von Tagebauen eine hohe finanzielle Belastung darstellt, gibt es nur eine langsame globale Abkehr – in einigen Ländern

kommt es sogar zu einer Forcierung des Uranabbaus wie in der Mongolei oder zu Planungen für neue Atomkraftwerke, wie Überlegungen der südafrikanischen Regierung zeigen.

«MKAPANOMICS»

ALS POLITISCHE GRUNDLAGE

Ab Mitte der 1990er Jahre vollzog sich in Tansania ein Wandel hin zu einer Mehrparteiendemokratie und marktwirtschaftlicher Liberalisierung. So schuf die tansanische Regierung unter anderem einen politischen und legislativen Rahmen im Rohstoffsektor, um Hindernisse für ausländische Direktinvestitionen zu reduzieren. Der tansanische Kolumnist Karl Israel Lyimo bezeichnete diese Politik kritisch als «Mkapanomics», nach Präsident Benjamin William Mkapa (1995–2005). Die Mining Policy 1997 oder der Mining Act 1998 beförderten ein Investitionsklima zugunsten multinationalen Unternehmen, das oftmals im Widerspruch zu den Bedürfnissen der tansanischen Bevölkerung steht. So wurden bisher drei Milliarden US-Dollar in den Rohstoffsektor investiert, so wuchs beispielsweise der Umfang des Goldabbaus zwischen 1998 und 2009 von einer Tonne auf 45 Tonnen pro Jahr. Diesen Mengen stehen nur 15.000 neu geschaffene Arbeitsplätze gegenüber. Negative ökologische und soziale Folgen sind an der Tagesordnung. Insbesondere beim Goldabbau ist das kanadische Unternehmen Barrick Gold oft in den Schlagzeilen zu finden.

Die Fixierung der «Mkapanomics» auf eine exportorientierte, an den Profitinteressen von Unternehmen ausgerichtete Entwicklungsstrategie steht in Widerspruch zur Politik unter Julius Nyerere, dem ersten Präsidenten Tansanias. Der Rohstoffexploration wurde seinerzeit keine große Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung zugeschrieben, jedenfalls nicht solange keine inländische Weiterverarbeitung stattfinden kann. Die gegenwärtige Politik leistet einer Exportorientierung für den Weltmarkt und zur Versorgung der Nachfrage aus Schwellen- und Industrieländern Vorschub. Dabei steht der Abbau nur am Anfang der Wertschöpfungskette. Gleichzeitig begibt sich der Staat in Abhängigkeit von Weltmarktpreisen, die er selbst nicht beeinflussen kann. Beispiel Uran: Nach Spitzenwerten von 137 US-Dollar pro Pfund im Jahr 2005 liegt der Uranpreis zurzeit bei etwa 30 US-Dollar pro Pfund. Für den Rückgang verantwortlich waren die Finanzkrise, die Fukushima-Katastrophe, Politiken zur Förderung erneuerbarer Energien sowie gesellschaftlicher Widerstand gegen Atomkraft.

Rohstoffexploration als Modell der Entwicklungsfinanzierung setzte sich unter Mkapas Nachfolger im Präsidentenamt, Jakaya Kikwete, der seit 2005 das wirtschaftspolitische Programm seines Vorgängers weiterführt, fort. Zwar wurden bestehende Politiken überprüft, doch kam es nur zu geringfügigen Änderungen und Anpassungen.⁹ Im sogenannten Bomani Report wurden verschiedene Maßnahmen empfohlen. Unter anderem sollten 40 Prozent der Steuern aus dem Ressourcenabbau den Gemeinschaften in den Minenregionen zugute kommen. 60 Prozent sollen in einen Mineral Development Fund überführt werden, um nationale Infrastruktur aufzubauen. Ferner trat Tansania der Extractive Industries Transparency Initiative bei.¹⁰ Auch wurden als Ergebnis des Bomani-Berichts mit dem Mining Act 2010, der alle Angelegenheiten in Zusammenhang mit der Erkundung von Lagerstätten, dem Abbau und der Verarbeitung reguliert, die direkten Exportsteuern für strategische Minerale wie Uran¹¹ von drei auf fünf Prozent erhöht, um mehr Einnahmen für

den Staat zu generieren.¹² Dennoch halten KritikerInnen diesen Steuersatz für zu gering. Zudem erhalten Unternehmen Steuerausnahmen, sogenannte *tax holidays*. Hinzu kommen unzureichende Kontrollen durch die Finanzbehörden.

Gleichzeitig steht zu erwarten, dass der tansanische Staat, praktisch als Subvention für den Uranabbau, in Vorleistung gehen muss. Zum einen ist die Infrastruktur im Süden des Landes, wo sich potenzielle Abbaugelände befinden, für umfassende Bergbauaktivitäten nicht ausreichend. Zum anderen werden große Wassermengen benötigt. Anti-Atom-AktivistInnen kritisieren einen geplanten Staudamm in der Nähe von Dodoma, dem wahrscheinlich zweiten Gebiet, für das der Staat Abbaugenehmigungen erteilen wird.¹³

Politiken und Gesetze mit Bezug zum Uranabbau sind oftmals halbherzig oder widersprüchlich. Die National Energy Policy 2003 wird dafür kritisiert, dass sich dort keine Aussagen zur Entsorgung des radioaktiven Abfalls finden. Während die Mineral Policy 2009 noch vorsah, dass die Regierung verpflichtende Regelungen erarbeiten soll, damit Unternehmen für die Sanierung der Bergbaufolgen aufkommen müssen, ist dies seit dem Mining Act 2010 vom Ermessen des Ministers abhängig. Auch der Environmental Act von 2004, regulativer Rahmen für die nachhaltige Nutzung von Umweltressourcen, gibt Anlass zur Kritik. Zwar schreibt dieses Gesetz Umweltverträglichkeitsstudien für Uranprojekte vor. Doch zugleich beauftragt es den Projektentwickler, also die Unternehmen, mit der Durchführung. Damit wird einer möglichen intransparenten und übertrieben positiven Berichterstattung Vorschub geleistet.¹⁴ Als Fortschritt kann gewertet werden, dass 2011 die Atomic Energy Regulations erlassen wurden, um endlich den Uranabbau sowie dessen Verarbeitung und Transport zu regulieren. Bei deren Ausarbeitung gab es jedoch keine Beteiligung der Öffentlichkeit.

Auch neue Institutionen wurden geschaffen. Der National Environmental Management Council (NEMC) wurde auf Grundlage des Environmental Management Acts von 2004 etabliert. Seine Aufgabe besteht unter anderem in der Koordination von Umweltverträglichkeitsstudien und in der Zusammenarbeit mit relevanten staatlichen Stellen. Zudem ist der NEMC verpflichtet, für öffentliche Partizipation in Umweltfragen zu sorgen. Die Institution, die dem Büro des Vizepräsidenten zugeordnet ist, sieht sich mit den oben genannten Gesetzen und dem regulativen Rahmen ausreichend für diese Aufgaben vorbereitet. Gleichzeitig werden jedoch (selbstkritisch) unzureichende Erfahrungen mit der Umsetzung von Vorschriften zum Uranabbau eingeräumt. Der NEMC beklagt zudem den Mangel an Nuklear- oder AtomkraftexpertInnen und an Ausstattung, um radioaktive Mineralien während des Abbaus zu kontrollieren – eine Einschätzung, die auch KritikerInnen teilen. Die Tanzania Atomic Energy Commission (TAEC) wurde unter dem Atomic Energy Act No. 7 im Jahr 2003 etabliert und ist verantwortlich für alle Aufgaben rund um die Nutzung von Atomenergie. Sie soll nicht zuletzt die Öffentlichkeit vor dem Risiko radioaktiver Strahlung sowie vor der Verunreinigung von Nahrung oder Wasser schützen.

MKUJU RIVER UND BAHI-MANYONI: ZWEI FALLBEISPIELE

Zwei Fallbeispiele sollen die Erkundungsaktivitäten für den Uranabbau kurz umreißen und verdeutlichen, wie ökologische, sozialökonomische und politische Bedenken umgangen werden. Besonders kritisiert wird das am weitesten

fortgeschrittene Projekt, das Mkuju River Project. Erste Erkundungsaktivitäten begannen dort 2005. Das geplante Abbaugelände liegt in der südlichen Ruvuma-Region innerhalb des Undendeule Game Reserve sowie teilweise im Selous Game Reserve. Im April 2010 reichte der Konzern Mantra Resource Tanzania Limited bei der Aufsichtsbehörde NEMC eine Umweltverträglichkeitsstudie ein. Da das Selous Game Reserve als ökologisch sensibles Gebiet Weltkulturerbe ist, stellte Tansania bei der UNESCO einen Antrag auf Verlegung der Grenzen des Nationalparks, dem im Juli 2012 zugestimmt wurde.¹⁵ Das Umweltverträglichkeitszertifikat wurde im August 2012 vom Umweltminister ausgegeben. 2013 erhielt Mantra Resources Tanzania Limited, deren Hauptbesitzer der russische Konzern Atomredmetzoloto ist, eine erste Abbaulizenz. Betreiber des Projektes ist Uranium One, das genauso wie Atomredmetzoloto zum russischen Staatskonzern Rosatom gehört. Die Projektkosten für das Mkuju River Project werden mit 510 Millionen US-Dollar angegeben. Gerechnet wird mit der Schaffung von Arbeitsplätzen für 1.200 bis 1.500 Personen in der Aufbau- und für 450 Personen in der Abbauphase, die 2016 beginnen soll. Die tansanische Regierung gab 2014 bekannt, dass in dem Gebiet 178,8 Millionen Tonnen an Uranerzreserven liegen. Deren Extraktion würde dem Staat mehr als 350 Millionen US-Dollar an Unternehmenssteuern und weitere 50 Millionen Dollar an Einkommenssteuern von den Beschäftigten einbringen.¹⁶ Den wirtschaftlichen Zahlen stehen Bedenken der lokalen Bevölkerung gegenüber. Befragungen zeigten, dass die Bevölkerung in der Vergangenheit nicht über Explorationsaktivitäten unterrichtet wurde und es Befürchtungen gibt, dass Umsiedlungen stattfinden könnten. Auch machen sich die Menschen Sorgen über mögliche Strahlenbelastungen und Wasserknappheit.

Noch größer sind die Bedenken im Bahi-Manyoni-Gebiet im zentralen Tansania, wo seit den 1950er Jahren Uranvorkommen bekannt sind. Auch hier wurden bereits erste Erkundungsbohrungen auf landwirtschaftlichen Flächen durchgeführt, ohne dass Konsultationen mit der Bevölkerung stattfanden. Durchflossen wird die Region von dem Fluss Bubu, der in das 6.800 Quadratkilometer große Bahi-Sumpfgelände mündet. Das Sumpfgelände besitzt sowohl ökologische als auch wirtschaftliche Bedeutung, es ist für Fischfang, Viehzucht und Nahrungsmittelproduktion der lokalen Gemeinschaften äußerst wichtig. Eine Studie, durchgeführt im Auftrag der tansanischen NGO CESOPE, kommt zu dem Ergebnis, dass Gemeinschaften in dem Bahi-Manyoni-Gebiet mit ernsthaften Auswirkungen auf Umwelt, Gesundheit und wirtschaftliche Lebensgrundlagen rechnen müssten. Durch radioaktive Abraumhalden würde die lokale Bevölkerung von erhöhter Strahlung betroffen sein, wenn Winde in den Trockenzeiten Staub aufwirbeln oder in den Regenzeiten Fluten auftreten. Im schlimmsten Fall könnte das gesamte Ökosystem zerstört werden.

Gegenwärtig erkunden mehrere Unternehmen das Gebiet, von denen die australische URANEX das größte ist. Aber auch Mantra Resources ist vertreten. URANEX plant, 92 Millionen Tonnen Uranerz abzubauen. Bereits jetzt gibt es Kritik an den Unternehmen, da selbst minimale Sicherheitsstandards bei den Erkundungen nicht eingehalten wurden. Feldbesuche zeigten, dass Unternehmen offene Löcher zurückließen, aus denen Uranerzproben entnommen wurden. Ebenso konnte bisher nicht ausgeschlossen werden, dass nach den Probebohrungen aufgetretene Hautirritationen

und -verätzungen mit den dabei verwendeten Chemikalien zusammenhängen.

REAKTIONEN DER ZIVILGESELLSCHAFT

In Tansania nahmen in den letzten Jahren die Auseinandersetzungen um den geplanten Uranabbau zu. Jedoch bewirken fehlendes Wissen und Bewusstsein, dass sich bisher nur wenige zivilgesellschaftliche Gruppen gegen den Uranabbau aussprechen. Gründe hierfür sind in dem Informationsmonopol wirtschaftlicher und politischer Strukturen zu suchen, aber auch in der Dominanz anderer (wichtiger) Themen wie *land grabbing*, die das Problem des Uranabbaus und seiner möglichen Folgen in den Hintergrund drängen.

Das tansanische Legal and Human Rights Centre (LHRC), eine vorwiegend von großstädtischen AkademikerInnen getragene NGO, fordert den Ausbau regenerativer Energien und den Stopp der Uranextraktion. Kleinere Organisationen wie CESOPE oder Caritas Songea¹⁷ arbeiten mit der lokalen, oftmals kleinbäuerlichen Bevölkerung zusammen, informieren und sensibilisieren oder leisten juristische Unterstützung. Sie fordern ebenso wie das LHRC den Stopp des Uranbergbaus. Auch religiöse Dachverbände wie das Interfaith Committee on Economic Justice fragen kritisch: «Uranium Mining in Tanzania: Are we ready?». Zwar fordern sie keinen Stopp des Abbaus, doch appellieren sie an die Regierung, Lücken in der Gesetzgebung zu schließen und entsprechende politische Konsultationen zu suchen.

Die Aufklärungsarbeit zielt darauf, Informationen zu den Risiken der Urangewinnung für Mensch und Natur bereitzustellen. Gleichzeitig kritisiert man die Form der politischen Entscheidungsfindung und fehlende Transparenz bei den Erschließungs- und Explorationsmaßnahmen. Obwohl die Explorationsaktivitäten oftmals weit fortgeschritten sind, suchen die Verantwortlichen keinen Kontakt und Austausch mit den potenziell betroffenen lokalen Communities. Zweifel gibt es auch hinsichtlich der versprochenen Arbeitsplatzeffekte. So hatten andere großflächige Bergbauaktivitäten wie der Goldabbau kaum positive Folgen.

Die Regierung reagiert auf mahnende Stimmen unterschiedlich. Zum einen hebt sie die positive Rolle des Staates hervor, indem sie zum Beispiel auf Gesetze verweist, die zum Gesundheitsschutz tansanischer Bürger erlassen wurden, oder auf den Beschluss, dass Unternehmen Gelder für die Sanierung von Altstandorten bereitstellen müssen. Oder aber sie spielt den Ball an die urankritische Zivilgesellschaft zurück und fordert diese auf, mit staatlichen Institutionen zu kooperieren. Zum anderen diffamiert sie das zivilgesellschaftliche Engagement derjenigen («so-called human rights activists»), die sich aus Sicht der Regierenden «gegen Entwicklung stellen».¹⁸ Sowohl den Medien als auch der Mehrheit der Bevölkerung wirft die Regierung vor, einem «sozialistischen Denken» nachzuhängen, demzufolge der Staat Kontrolle und Eigentumsrechte besitzen müsse. Stattdessen müsse Technologie und Kapital aus «entwickelten Ländern» angezogen werden, ähnlich wie es China, Indien oder Dubai getan hätten.¹⁹

Bisher konnte die tansanische Zivilgesellschaft kaum Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen, geschweige denn Explorationsaktivitäten verhindern. Ein Schwachpunkt ist, dass nur wenige NGOs mit der lokalen Bevölkerung zusammenarbeiten. Von einer sozialen und politischen Bewegung, die wie anderenorts einen Zusammenhang zwischen Ressourcenextraktion, Wachstumspostulat und sozialen

und ökologischen Folgen herstellt, kann keine Rede sein. Daher ist es bisher kaum gelungen, die Umwelt- und Sozialkosten ausreichend in eine gesellschaftliche Debatte einzubringen. Aufgrund der Erfahrungen in anderen Ländern ist jedoch mit einer Vergesellschaftung externer Kosten zu rechnen. Mögliche Zugewinne wie neue Arbeitsplätze und zusätzliche Staatseinnahmen müssen gegen Umwelt- und Gesundheitskosten oder degradierte landwirtschaftliche Flächen gegengerechnet werden.

Eine tansanische und afrikanische Vernetzung von Anti-Atom-AktivistInnen ist bisher kaum gelungen. Zwar hat sich Ende 2013 in Tansania eine National Coalition against Uranium Mining aus NGOs wie dem LHRC, CESOPE, LEAT, HakiMadini und anderen gegründet. Doch diese Koalition steckt noch in den Kinderschuhen und konnte bislang kaum Aktivitäten entfalten. Auch die 2009 gegründete, kontinentale African Uranium Alliance konnte bisher nur wenige Aktionen umsetzen, da eine Vernetzung zwischen den lokal agierenden Organisationen in sechs afrikanischen Staaten nur mit viel Aufwand möglich ist. Aufgrund der geringen Vernetzung und der Hindernisse, eine solche zu initiieren und lebendig zu gestalten, scheint die Mobilisierung der lokalen Bevölkerung erfolgversprechender.

Bisher ging es in den Diskursen und Argumentationen der KritikerInnen vor allem um das Ziel, den Uranabbau in Tansania wegen der erwarteten negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen zu verhindern. Sollte dies aufgrund der noch bestehenden zivilgesellschaftlichen Schwäche und der starken politischen und wirtschaftlichen Interessen, die hinter der Urangewinnung stehen, nicht möglich sein, muss es darum gehen, die negativen Effekte des Abbaus zu min-

dern und eine tatsächliche Gewinnbeteiligung der lokalen Bevölkerung einzufordern. Daneben gilt es, die Bergbauunternehmen verbindlich zu verpflichten, für Folgeschäden aufzukommen. Sollte der Uranabbau zukünftig nicht verhindert werden können, darf das Interesse keinesfalls abnehmen. Das würde die Auseinandersetzung um den Uranabbau «entpolitisieren» und die dahinter liegenden neoliberalen Entwicklungsstrategien, Machtstrukturen und Diskurse ausblenden.

Andreas Bohne ist Projektmanager Ostafrika in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 African Business, Juni 2013, Nr. 398, S. 12. **2** Vgl. www.world-nuclear.org/info/Country-Profiles/Others/Uranium-in-Africa. **3** East African Business Week, 12.8.2013. **4** African Business, Juni 2013, Nr. 398, S. 12. **5** Informationen zum Uranabbau beruhen – wenn nicht anders vermerkt – auf den Broschüren des Interfaith Standing Committee for Economic Justice and the Integrity of Creation (Hrsg.): Uranium Mining in Tanzania: Are We Ready?, Daressalam 2012 sowie Rosa-Luxemburg-Stiftung/Legal and Human Rights Centre (Hrsg.): Uranium Mining. Impact on Health and Environment, Daressalam 2014. **6** East African Business Week, 12.8.2013. **7** Hier liegt der entscheidende Unterschied zu den Diskussionen um den «Neo-Extraktivismus», der die Forcierung der Rohstoffausbeutung durch progressive, als mitte-links einzuordnende Regierungen in Südamerika umschreibt. Vgl. dazu u.a. Peripherie Nr. 132, 33. Jg., 2013 («Alles muss raus! Konfliktfeld Bergbau») oder Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e. V./Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika, Berlin 2012. **8** Wobei hinter deren Wirtschaftswachstum oftmals selbst das extraktivistische Modell steht. **9** Lyimo, Karl: False Mkaponomics steps: we're suffering, in: The Citizen, 19.7.2014. **10** Kafumu, Dalaly Peter: Reforming Tanzania's mineral sector, in: The Citizen, 19.6.2014. **11** Weitere strategische Mineralien sind Öl und Gas. **12** Interview mit Dr. Dalaly Peter Kafumu; Let's partner with foreigners in mining sector, in: The Citizen, 24.4.2014. **13** Uranium Network 2014, Rundbrief Nr. 2, S. 3. **14** Ein weiterer Vorwurf ist, dass keine Ergebnisse veröffentlicht werden. **15** International Business Times, 5.7.2012. **16** Vgl. www.ippmedia.com/frontend/index.php?l=60040; Tanzania Daily News, 5.10.2013. **17** Dies sind Partnerorganisationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Ostafrika. **18** Kafumu, Dalaly Peter: Politics of reforming mineral sector in Tanzania, in: The Citizen, 22.5.2014. **19** Interview mit Dr. Dalaly Peter Kafumu.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: November 2014
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling